

Die Wahlen zum dänischen Folketing vom 18. Juni 2015: knapper bürgerlicher Sieg bei erdrutschartigen Wählerwanderungen

Christoph Arndt

Seit der Folketingswahl 2011 gab es nach zehnjähriger bürgerlicher Dominanz wieder eine Mitte-links-Minderheitsregierung, die von den Sozialdemokraten angeführt wurde.¹ Diese Koalition aus Sozialdemokraten (S), Sozilliberalen (Det Radikale Venstre, RV) und der Sozialistischen Volkspartei (SF), die von der linksradikalen Einheitsliste (EL) toleriert wurde, wurde jedoch bei der Wahl im Juni 2015 nicht im Amt bestätigt. Dies war auch die Konsequenz aus zahlreichen internen Auseinandersetzungen, Kabinettsumbildungen und dem Bruch zentraler Wahlversprechen seitens der Sozialdemokraten und Sozialisten, die im Austritt der Sozialisten aus der Koalition Anfang 2014 kulminierten. Im Gegensatz zu ihrer liberal-konservativen Vorgängerin war die sozialdemokratische Minderheitsregierung häufig auf blockübergreifende Zusammenarbeit mit den Oppositionsparteien angewiesen, da sich die linksradikale Einheitsliste den zahlreichen Sozialstaatsreformen in der Wahlperiode 2011 bis 2015 verweigerte, in denen auch ein Grund für die gescheiterte Wiederwahl der sozialdemokratisch-sozilliberalen Minderheitsregierung zu sehen ist.

Die Wahl 2015 war durch die größte Nettovolatilität seit 1973 geprägt und brachte die nationalkonservative Dänische Volkspartei als großen Sieger hervor, während die rechtsliberale Venstre ihre Position als stärkste Partei an die Sozialdemokraten abgeben musste und nur noch drittstärkte Kraft ist. Die Dänische Volkspartei wurde zum ersten Mal die stärkste bürgerliche Partei; somit konnte der europaweite Trend zu einer Stärkung nationalkonservativer Parteien auch bei der Folketingswahl 2015 beobachtet werden. Die neue liberale Minderheitsregierung wird zum ersten Mal seit 1973 von der drittstärksten Partei allein gebildet. Ihr langfristiges Überleben wird von ihrer Manövrierfähigkeit und der Fähigkeit abhängen, Kompromisse mit den anderen bürgerlichen Parteien einzugehen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Ausnahmeregelungen für die so genannten Rechtsvorbehalte Dänemarks in der Europäischen Union in einem Referendum am 3. Dezember 2015 bestätigt wurden, was als Niederlage für die amtierende Regierung gewertet werden kann.

1. Die Ausgangslage

Seit der Wahl zum Folketing vom 15. September 2011 wurde Dänemark von einer sozialdemokratisch-sozilliberalen Minderheitsregierung geführt, der bis zum 30. Januar 2014 auch die SF angehörte. Diese Regierung wurde von der linksradikalen Einheitsliste und nach ihrem Ausscheiden auch von der SF toleriert. Sie hatte somit eine faktische, wenn auch äußerst knappe parlamentarische Grundlage und schöpfte fast die maximal zulässige Dauer einer Wahlperiode aus. Diese beträgt für eine dänische Regierung höchstens vier Jahre, der Ministerpräsident kann aber im Gegensatz zum deutschen Kanzler vorzeitige

1 Zur Wahl zum Folketing 2011 *Christoph Arndt*, Die Folketingswahl in Dänemark vom 15. September 2011: Abwahl einer Regierung ohne klaren Sieg der Opposition, in: ZParl, 43. Jg. (2012), H. 1, S. 142 – 152.

Neuwahlen ohne Misstrauensvotum oder eine Vertrauensfrage ausschreiben. Darüber hinaus sind Minderheitsregierungen in Dänemark die Norm, da lediglich vier Kabinette seit 1953 über eine eigene parlamentarische Mehrheit nach der Folketingswahl ohne Tolerierung durch andere Parteien verfügten (die Kabinette *Hansen II*, *Kampmann II*, *Baunsgaard* und *Nyrup Rasmussen I*).² Die am 27. Mai ausgerufene Wahl zum Folketing am 18. Juni bedeutete dann das Ende einer von Beginn an turbulenten Amtsperiode.

Die von Ministerpräsidentin *Helle Thorning-Schmidt* geführte Regierung aus Sozialdemokraten, Sozialliberalen und der Sozialistischen Volkspartei hatte bereits kurz nach der Regierungsübernahme mit einem Glaubwürdigkeitsproblem und schwachen Umfragewerten zu kämpfen, da zentrale Wahlkampfversprechen wie höhere Sozialleistungen, die Rücknahme der Reform der Frührente und des Arbeitslosengeldes sowie die Einführung einer Mautzone in Kopenhagen nicht erfüllt wurden.³ Dies geschah zum Teil auf Druck der Sozialliberalen, die an den Reformen der vorherigen bürgerlichen Regierung festhalten wollten und dies zur Bedingung für eine Koalition mit Sozialdemokraten und SF gemacht hatten.⁴ Darüber hinaus hatte sich innerhalb der Sozialdemokraten der „Reformflügel“ um *Helle Thorning-Schmidt* durchgesetzt, der aus dem späteren Fraktionsvorsitzenden und Industrieminister *Henrik Sass Larsen* sowie Finanzminister *Bjarne Corydon* bestand, die eine Politik „des Dritten Weges“ repräsentieren und nicht die im gemeinsamen Wahlprogramm von S und SF vertretene expansive Sozialpolitik.⁵ Bei der Verteilung der Ministerien hatten somit die Reformler *Margrethe Vestager* (RV) und *Bjarne Corydon* (S) die Schlüsselministerien Wirtschaft und Finanzen bekommen. Die SF hatte hingegen in ihrer ersten Regierungsbildung überhaupt erhebliche strategische Fehler gemacht, indem beispielsweise ihr Vorsitzender *Villy Søvnald* das Außenministerium wählte und daher aufgrund ständiger Abwesenheit nicht in die Tagespolitik eingreifen konnte.⁶ Auch aufgrund der fehlenden Erfahrung der zumeist jungen SF-Minister hatten die Sozialisten daher bereits kurz nach der Regierungsübernahme keine realistische Möglichkeit, das zusammen mit den Sozialdemokraten vor der Wahl 2011 ausgearbeitete Sozialprogramm *Fair Løsning* (Faire Lösung) umzusetzen.

Stattdessen wurde ein reformorientierter Kurs eingeschlagen, bei dem die Regierung oft mit der liberalen Venstre (V), den Konservativen (K) und zuweilen auch mit der Liberalen Allianz (LA) und der nationalkonservativen Dänischen Volkspartei (DF) kooperierte. Dies wurde insbesondere bei der Verabschiedung der Haushalte 2012 und 2013 ersichtlich, als die sozialdemokratisch-sozialliberale Regierung keine Vereinbarung mit der linksradikalen Einheitsliste aufgrund deren ultimativer Forderungen und Kompromissunwilligkeit ein-

- 2 Vgl. *Flemming Juul Christiansen*, *Politiske Forlig i Folketinget: Partikonkurrence og Samarbejde*, Aarhus 2008, S. 90.
- 3 Vgl. *Christine Cordsen*, *Fra start med løftebrud*, in: *Jyllands-Posten* vom 9. Oktober 2011, S. 10; *Christian Jensen*, *Løftebrud og vælgerbedrag*, in: *Information* vom 7. Oktober 2011, S. 24.
- 4 Siehe hierzu *Christoph Arndt / Kees van Kersbergen*, *Social Democracy after the Third Way: Restoration or Renewal?*, in: *Policy & Politics*, 43. Jg. (2015), H. 2, S. 203 – 220; *Christoph Arndt*, a.a.O. (Fn. 1), S. 151.
- 5 Vgl. *Christoph Arndt / Kees van Kersbergen*, a.a.O. (Fn. 4), S. 211; *Henrik Sass Larsen / Bjarne Corydon / Mette Frederiksen / Carsten Hansen*, *Socialdemokraterne er bedst for Danmark*, in: *Politiken* vom 20. August 2012, S. 7 f.
- 6 Für die parteiinterne Kritik, siehe *Aage Frandsen*, *SF skal genfinde og genvinde sin identitet*, in: *Politiken* vom 2. August 2012, S. 7.

ging, sondern mit Venstre und den Konservativen.⁷ Der Haushalt 2012 beinhaltete eine Steuerreform, die unter anderem einen höheren Freibetrag und eine höhere Grenze für den Spitzensteuersatz mit dem Ziel vorsah, den Grenzsteuersatz zu senken und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Finanzierung geschah teilweise durch die Erhöhung indirekter Steuern. Entgegen der Wahlkampfversprechen kam es daher zu keiner Anpassung der Sozialleistungen an die Löhne beziehungsweise die Inflation, geschweige denn zur Rücknahme der Frührentenreform oder zur Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf vier Jahre.

Im Gegenzug wurde die Erwerbsunfähigkeitsrente (Førtidspension) reformiert, um vorwiegend junge, aber eingeschränkt arbeitsfähige Versicherte zu aktivieren. Aufgrund der Zusammenarbeit der Regierung mit den bürgerlichen Parteien und des Inhaltes der Reformen kündigte die Einheitsliste ihre Funktion als Tolerierungspartner (so genannte Støtteparti) vorläufig auf und stellte eine härtere Gangart gegenüber der Regierung in Aussicht.⁸ Die klaren Brüche der Wahlkampfversprechen (Løftebrud) hatten bereits kurz nach der Regierungsübernahme zu schlechten Meinungsumfragen für die Regierungsparteien geführt, während die linke Einheitsliste und auch die DF Zugewinne durch klare Profilierung verzeichnen konnten.⁹

Insbesondere bei der SF war dies mit internen Unruhen verbunden, da die Partei viele Wähler an die Einheitsliste verlor und mit den historisch schlechtesten Umfragewerten konfrontiert war.¹⁰ Die interne Kritik und Unzufriedenheit mit der zu kompromissorientierten Regierungsarbeit und dem Kurs der Partei führte schließlich zum Rücktritt des SF-Vorsitzenden *Villy Søvndal* am 7. September 2012 und zu einer Kampfabstimmung zwischen den Abgeordneten *Annette Vilhelmsen* und *Astrid Krag* im Oktober. *Vilhelmsen* vertrat den traditionellen linken Flügel der Partei, hatte aber als ehemalige Kommunalpolitikerin noch keine weitere landespolitische Erfahrung gemacht, während *Krag* den moderaten und regierungswilligen Flügel der Partei vertrat. Mit dem Sieg *Vilhelmsens* waren die Konflikte jedoch nicht beendet, da Industrieminister *Ole Sohn* als Reaktion darauf zurücktrat und später die Partei in Richtung Sozialdemokraten verließ.

Während die SF mit parteiinternen Querelen im Herbst 2012 kämpfte, hatte es am 7./8. August 2012 einen überraschenden, aber gut vorbereiteten Wechsel an der Spitze der nationalkonservativen DF gegeben: Die langjährige Vorsitzende *Pia Kjaersgaard* übergab den Vorsitz an ihren Stellvertreter *Kristian Thulesen Dahl*.¹¹ Der Wechsel war im Gegensatz zu den Problemen der SF nicht von Auseinandersetzungen begleitet, und der rhetorisch gemäßigte Kurs unter *Dahl* bescherte der DF stetig steigende Umfragewerte bis zum Sommer 2014, als sich die Partei relativ konstant bei ca. 20 Prozent konsolidierte.¹²

7 Vgl. Beskæftigelsesministeriet, Grundelementer i reformudspil, Kopenhagen 2012.

8 Vgl. *Peter Burhøi* / *Annette Bonde*, Ministre vil tvinge unge ledige i uddannelse, in: Berlingske Tidende vom 23. Februar 2013; *Marchen Neel Gjertsen*, Enhedslisten: Vi er ikke længere støtteparti, in: Jyllands-Posten vom 23. Juni 2012, S. 6.

9 Vgl. *Søren Risbjerg Thomsen*, Historisk ringe tilslutning til S, in: Altinget vom 1. April 2012.

10 Vgl. *Mick Kristensen*, Historisk lav opbakning til SF, in: Jyllands-Posten vom 27. Juni 2012, <http://jyllands-posten.dk/politik/article4736448.ece> (Abruf am 7. April 2016).

11 Vgl. *Thomas Larsen*, Kjaersgaards suveræne afsked, in: Berlingske Tidende vom 8. August 2012, S. 6; *Mette Østergaard*, Pia Kjaersgaard stopper som formand for DF, in: Politiken vom 7. August 2012, <http://politiken.dk/indland/politik/ECE1713573/pia-kjaersgaard-stopper-som-formand-for-df/> (Abruf am 7. April 2016).

12 Zur langfristigen Entwicklung der Umfragedaten siehe Berlingske Barometer – partiernes historik, <http://www.politiko.dk/partiernes-historik> (Abruf am 7. April 2016).

Das Jahr 2013 war durch eine weitere Sozialstaatsreform geprägt, da die *Thorning-Schmidt*-Regierung eine parteiübergreifende Übereinkunft zu einer grundlegenden Veränderung der Sozialhilfe (Kontanthjælp) initiierte.¹³ Lediglich die Einheitsliste stimmte gegen das Reformpaket, das unter anderem die Sozialhilfe für unter 30-Jährige ohne Schulabschluss oder Berufsausbildung abschaffte und durch die Ausbildungshilfe (Uddannelseshjælp) auf weit- aus niedrigerem Niveau ersetzte. Darüber hinaus wurden diverse Bedingungen für den Bezug von Sozialhilfe verschärft.

Im August 2013 kam es zunächst zu einer großen Kabinettsumbildung, von der sechs Ministerien betroffen waren.¹⁴ Am 21. November trat dann Entwicklungshilfeminister *Christian Friis Bach* (RV) zurück, weil er im Zuge der so genannten Global Green Growth Institute Affäre das Folketing nicht rechtzeitig über Unklarheiten informiert hatte.¹⁵ Im Dezember 2013 kündigte Außenminister *Søvndal* (SF) aus gesundheitlichen Gründen das Ende seiner politischen Karriere an, während Justizminister *Bødskov* (S) seinen Rücktritt einreichte, nachdem er zuvor bewusst die Unwahrheit gegenüber dem Folketing gesagt hatte.¹⁶ Die immer deutlicher werdenden Auflösungserscheinungen innerhalb der SF führten schließlich am 30. Januar 2014 zum Austritt der Sozialisten aus der Regierung, als abermals starke interne Auseinandersetzungen über den geplanten Verkauf des Energieversorgers DONG an die amerikanische Investmentbank Goldman Sachs öffentlich sichtbar geworden waren. Als Konsequenz verließen weitere moderate Abgeordnete (darunter auch *Krag*) die SF und schlossen sich den Sozialdemokraten und der Radikalen Venstre an. Zudem trat die Vorsitzende *Annette Vilhelmsen* zurück und wurde durch *Pia Olsen Dyhr* ersetzt.¹⁷

Die durch das Ausscheiden der SF abermals notwendige Regierungsumbildung am 3. Februar 2014 bewirkte jedoch keinen Kurswechsel der neuen S-RV-Regierung, die ein neues Wachstumspaket ankündigte.¹⁸ Insgesamt war Ministerpräsidentin *Thorning-Schmidt* eine der wenigen Konstanten in der Wahlperiode, da von den im Oktober 2011 ernannten 23 Kabinettsmitgliedern lediglich vier in ihren Ämtern verblieben (neben *Thorning-Schmidt* waren dies Finanzminister *Bjarne Corydon*, Bildungsministerin *Christine Antorini* und Bauminister *Carsten Hansen*); insgesamt nahm *Thorning-Schmidt* acht Kabinettsumbildungen vor.

Anfang 2014 wurde die politische Tagesordnung zunächst von der Debatte um Sozialleistungen für EU-Bürger geprägt. DF und später Liberale und Sozialdemokraten kritisier-

13 Vgl. Beskæftigelsesministeriet, Aftale mellem Regeringen (Socialdemokraterne, Radikale Venstre og Socialistisk Folkeparti) og Venstre, Dansk Folkeparti, Det Konservative Folkeparti og Liberal Alliance. Aftale om en reform af kontanthjælpssystemet – flere i uddannelse og job, Kopenhagen 2013.

14 Vgl. *Kenneth Lund* / *Jesper Vangkilde* / *Kristian Klarskov*, Her er Thornings nye ministerhold, in: Politiken vom 9. August 2013, <http://politiken.dk/indland/politik/ECE2042927/her-er-thornings-nye-ministerhold/> (Abruf am 6. April 2016).

15 Vgl. *Kristeligt Dagblad*, Udviklingsminister Friis Bach går af, <http://www.kristeligt-dagblad.dk/danmark/medier-udviklingsminister-friis-bach-g%C3%A5r-af> (Abruf am 7. April 2016).

16 Für eine Übersicht über alle acht Kabinettsumbildungen vgl. *Anne Justesen* / *Christian Juhl Mølgaard*, Her er Thornings mange rokader, in: Altinget vom 10. Oktober 2014, <http://www.altinget.dk/artikel/her-er-thornings-mange-rokader> (Abruf am 6. April 2016)

17 Vgl. *Kim Kristensen*, Et kompromis for meget, in: Information vom 31. Januar 2014, <https://www.information.dk/indland/2014/01/kompromis> (Abruf am 5. Februar 2015).

18 Vgl. *Poul Tvillum*, Vestager: Retningen er den samme, in: Jyllands-Posten vom 30. Januar 2014, <http://jyllands-posten.dk/politik/article6447954.ece> (Abruf am 5. Februar 2014); zum Wachstumspaket vgl. Finansministeriet, Danmark helt ud af krisen – virksomheder i vækst, Kopenhagen 2014.

ten vor allem, dass EU-Ausländer Anrecht auf Sozialleistungen wie etwa Kindergeld hätten, ohne jemals Steuern bezahlt zu haben.¹⁹

Im Mai und Juni 2014 wurde die Venstre von einem Spesenskandal um ihren Vorsitzenden *Lars Løkke Rasmussen* erschüttert. Dieser hatte aufgrund persönlicher Finanzprobleme Kleidung und weitere Vergünstigungen von seiner Partei gestellt und erstattet bekommen, was zu andauernden parteiinternen Auseinandersetzungen, Austritten und Rücktrittsforderungen an *Rasmussen* führte.²⁰ Der Spesenskandal trug dann auch zum unerwartet schlechten Wahlergebnis der Rechtsliberalen in der EP-Wahl vom 25. Mai 2014 bei, als die DF mit 26,6 Prozent stärkste Partei wurde und ihr Spitzenkandidat *Morten Messerschmidt* die höchste Anzahl an Personenstimmen in der Wahlgeschichte Dänemarks erhielt.²¹ Obwohl das schlechte Abschneiden der Liberalen *Lars Løkke Rasmussen* angelastet wurde, überstand dieser einen parteiinternen Machtkampf auf einer außerordentlichen Parteivorstandssitzung am 3. Juni 2014 und konnte sowohl alle Rücktrittsforderungen als auch eine eventuelle Kampfabstimmung mit seinem Stellvertreter *Kristian Jensen* abwehren. Auch wenn die vier bürgerlichen Parteien ihren Vorsprung in den meisten Umfragen bis zur Wahl verteidigen konnten, erholten sich Venstre und ihr Vorsitzender nicht mehr von dem Popularitätsverlust im Zuge des Spesenskandals.

Am 6. August 2014 gab der Vorsitzende der Konservativen *Lars Barfoed* seinen Rücktritt bekannt; neuer Vorsitzender wurde überraschend der Bürgermeister Viborgs *Søren Pape Poulsen*, der bisher in der Landespolitik nicht aufgetreten war und auch kein Mandat im Folketing besaß. Den Bedeutungsverlust der Konservativen seit der Folketingswahl 2011 konnte *Pape Poulsen* aber auch nicht aufhalten.

Im Herbst 2014 zeichneten sich dann die ersten Vorbereitungen auf die anstehende Wahl im nächsten Jahr ab, als Ministerpräsidentin *Thorning-Schmidt* im Hinblick auf den sich bereits ankündigenden Zustrom von Asylbewerbern eine weitere Kabinettsumbildung vornahm. Arbeitsministerin *Mette Frederiksen* (S) wurde mit dem Justizministerium betraut, was politische Kommentatoren als Versuch ansahen, der sich abzeichnenden Politisierung der Asylfrage durch die DF und Venstre mit dem populärsten Kabinettsmitglied etwas entgegenzusetzen.²² Zum Jahreswechsel 2014/2015 wurde die politische Tagesordnung zunehmend von der aufkommenden Flüchtlingskrise dominiert, was die guten Umfragewerte der DF weiter bestätigte und den Wahlkampf einläuterte, da politische Beobachter und die Oppositionsparteien die Ausschreibung einer Neuwahl für Mitte 2015 erwarteten.²³

19 Vgl. *Kristian Thulesen Dahl*, EU truer velfærden – Danske politikere gør intet, http://www.dansk-folkparti.dk/EU_truer_velf%C3%A6rden (Abruf am 7. April 2016).

20 Vgl. *Mette Østergaard*, Ond stemning i Venstre, in: *Politiken* vom 18. Mai 2014, S. 3; Ritzaus Bureau, Løkkes sager om pengeforbrug og bilag, 20. Mai 2014, Kopenhagen, <http://politiken.dk/indland/politik/politikfakta/ECE2292001/fakta-her-er-loekkes-tre-sager-om-engeforbrug-og-bilag/> (Abruf am 7. April); *Thomas Vibjerg* / *Christine Cordsen* / *Nikolaj Rytgaard*, 10 minutter, der reddede Lars Løkke, in: *Jyllands-Posten*, S. 6 f.

21 Vgl. Danmarks Statistik, Europa-Parlamentsvalg 25. Maj, <https://www.dst.dk/valg/Valg1475795/valgop/valgopHL.htm> (Abruf am 5. Februar 2016).

22 Siehe *Søren Munch*, Mette Frederiksen bliver ny justitsminister, in: *Jyllands-Posten* vom 10. Oktober 2014; *Christine Cordsen*, Analyse: Thorning må genstarte valgkampen, in: *Jyllands-Posten* vom 11. Oktober 2014, S. 1.

23 Vgl. *Niels Nørgaard* / *Annette Bredmose*, Thorning og Løkke skyder valgkamp i gang, Ritzaus Bureau vom 6. Januar 2015.

2. Wahlkampf und Themen

Der eigentliche Wahlkampf begann am 27. Mai 2015, nachdem *Thorning-Schmidt* die Wahl, deren spätester möglicher Termin im September lag, für den 18. Juni ausgeschrieben hatte. Sozialdemokraten und Venstre setzten am Start des Wahlkampfes auf eine zielgerichtete Expansion des Sozialstaates, waren jedoch zunehmend gezwungen, auf die ansteigenden Flüchtlingszahlen zu reagieren.²⁴ Die DF machte die Asylkrise und die Einwanderung zum Hauptthema, trat im Gegensatz zu vorherigen Wahlkämpfen jedoch relativ zurückhaltend auf. Die Sozialdemokraten und die Venstre adaptierten zunehmend die restriktiven Haltungen der DF – auch als Reaktion auf das Attentat auf ein Kulturzentrum und eine Synagoge durch einen palästinensischen Jugendlichen in Kopenhagen.²⁵ Für die rechtsliberale Venstre war das Hauptthema neben einer restriktiveren Asylpolitik, dass es zu keiner Vergrößerung des öffentlichen Sektors unter einer künftigen bürgerlichen Regierung kommen sollte, während die Liberale Allianz direkte Kürzungen im öffentlichen Dienst sowie eine weitgehende Steuerreform verlangte, was auf Widerstand der DF traf.

SF und Einheitsliste konzentrierten ihren Wahlkampf auf die Kritik an den von der Regierung *Thorning-Schmidt* durchgeführten Sozialreformen und Kürzungen, was aber im Falle der SF als ehemaligem Koalitionspartner mit einem Glaubwürdigkeitsproblem verbunden war. Ein weiterer Konkurrent im linken Lager war die vom ehemaligen sozialliberalen Kulturminister *Uffe Elbæk* gegründete neue Partei „Die Alternative“. Sie war die große und zunächst nicht ernst genommene Unbekannte im Wahlkampf 2015. Die Alternative hatte erst im März die für eine Kandidatur notwendigen 20.000 Unterschriften vorweisen können. Sie gab sich ein grünes Profil und attackierte die etablierten Parteien für ihre zu stark an Sachzwängen orientierte Politik, war jedoch ansonsten schwer zu verorten, da die Partei ihre Politik in so genannten politischen Laboratorien zusammen mit interessierten Bürgern entwickeln wollte.²⁶ Andere Parteien und politische Beobachter kritisierten die Alternative aufgrund ihrer unrealistischen und nicht finanzierbaren Wahlversprechen wie die Einführung einer 30-Stunden Woche oder eines bedingungslosen Grundeinkommens. Anfangs wurde ein Überschreiten der Zweiprozenthürde und damit der Einzug der Alternative in das Folketing nicht als wahrscheinlich angesehen; im linken Lager gab es jedoch Befürchtungen, dass die neue Partei entscheidende Stimmen für eine Wiederwahl *Helle Thorning-Schmidts* kosten würde, da sie vorwiegend unzufriedene RV- und SF-Wähler ansprach.²⁷

24 Vgl. *Naja Dandanell*, Valgkampen indtager folkemødet, in: Jyllands-Posten vom 12. Juni 2015, <http://jyllands-posten.dk/politik/ECE7789927/Valgkampen-indtager-folkemødet> (Abruf am 7. April 2016).

25 Vgl. Jyllands-Posten, DF kræver langt færre flygtninge til Danmark, 12. Juni 2015, <http://jyllands-posten.dk/politik/ECE7789688/DF-kr%C3%A6ver-langt-f%C3%A6rre-flygtninge-til-Danmark/> (Abruf am 7. April 2016); *Marchen Neel Gjertsen | Martin Kaae*, Løkke i asyl-offensiv: „Tilstørrningerne er ude af kontrol“, in: Jyllands-Posten vom 9. Juni 2015, S. 4 f.

26 Vgl. *Morten Skarbak*, Jeg siger dig, det kommer til at blive ret interessant, in: Politiken vom 13. März 2015, <http://politiken.dk/indland/politik/ECE2585777/jeg-siger-dig-det-kommer-til-at-blive-ret-interessant/> (Abruf am 5. Februar 2016).

27 Vgl. *Ingelise Skrydstrup*, Nu er det alvor med Alternativet – kan blive Thornings knald eller fald, in: BT vom 25. März 2015, <http://www.bt.dk/politik/nu-er-det-alvor-med-alternativet-kan-bli-ve-thornings-knald-eller-fald> (Abruf am 5. Februar 2016).

3. Das Wahlergebnis und Wählerwanderungen

Die Wahlen vom 18. Juni 2015 brachten einen hauchdünnen Regierungswechsel mit sich, da die vier bürgerlichen Parteien zusammen die entscheidenden 90 Mandate gewannen, waren aber zugleich ein politischer Erdbeben (vgl. Tabelle 1). Die Nettovolatilität im Sinne *Mogens N. Pedersens*, das heißt die Nettowählerwanderungen zwischen den konkurrierenden Parteien, erreichte den höchsten Wert seit der Wahl von 1973.²⁸ Die rechtsliberale Venstre verlor mehr als sieben Prozentpunkte, fuhr ihr schlechtestes Resultat seit 25 Jahren

Tabelle 1: Ergebnisse der dänischen Folketingswahl vom 18. Juni 2015

	Parteien- und Kandidatenstimmen			Veränderungen zur Wahl 2011	
	absolut	Prozent	Sitze	Prozentpunkte	Sitze
Wahlberechtigte	4.145.105	100	175 ^a		
Wahlbeteiligung	3.560.060	85,9		-1,8	
ungültig	41.073				
gültig	3.518.987	100 ^b			
Venstre (V)	685.188	19,5	34	-7,2	-13
Sozialdemokraten (S)	924.940	26,3	47	+1,5	+3
Dänische Volkspartei (DF)	741.746	21,1	37	+8,8	+15
Sozialistische Volkspartei (SF)	147.578	4,2	7	-5,0	-9
Konservative Volkspartei (K)	118.003	3,4	6	-1,5	-2
Radikale Venstre (RV)	161.009	4,6	8	-4,9	-9
Liberaler Allianz (LA)	265.129	7,5	13	+2,5	+4
Einheitsliste (EL)	274.463	7,8	14	+1,1	+2
Die Alternative (Å)	168.788	4,9	9	+4,9 ^c	+9 ^c
Christdemokraten (KD)	29.077	0,8	0	±0,0	
Einzelbewerber	3.066	0,1	0	±0,0	

^a Anzahl ohne die vier nordatlantischen Mandate.

^b Die Angabe 100 Prozent bezieht sich auf die Anzahl der gültigen Stimmen.

^c Nicht angetreten.

Quelle: Danmarks Statistik, Endgültiges Wahlergebnis.

ein und war erstmals seit 15 Jahren nicht mehr die stärkste Partei im Folketing. Die Sozialdemokraten als nun stärkste Partei konnten etwas überraschend leichte Zugewinne verbuchen und hatten somit die Stimmverluste aus den Umfragen seit 2011 mehr als kompensiert, was jedoch hauptsächlich auf Kosten ihrer (ehemaligen) Koalitionspartner SF und RV geschah, die beide etwa fünf Prozentpunkte einbüßten und sich mehr als halbierten. Die DF verzeichnete mit 21,1 Prozent der Stimmen das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte und wurde zur größten bürgerlichen Partei, was hauptsächlich durch eine Wanderung von

²⁸ Zur Definition der Nettovolatilität vgl. *Mogens N. Pedersen*, The Dynamics of European Party Systems: Changing Patterns of Electoral Volatility, in: *European Journal of Political Research*, 7. Jg. (1979), H. 1, S. 1 – 26; für die Resultate vgl. *Kasper Møller-Hansen / Rune Stubager*, Folketingsvalget 2015, in: *dies.* (Hrsg.), *Oprør fra udkanten – Folketingsvalget 2015*, Kopenhagen 2017 (im Erscheinen).

Tabelle 2: Wählerwanderungen zwischen Folketingswahlen 2011 und 2015 (Prozentwerte, Zeilenprozent)

		Wahl 2015									
		V	S	DF	SF	K	RV	LA	EL	Å ^b	Nichtwähler
Wahl 2011 ^a	V	58,8	6,3	15,4	0,6	2,5	1,1	12,0	0,3	1,6	1,3
	S	3,1	73,5	4,5	4,5	0,3	2,0	1,4	3,7	4,4	2,7
	DF	6,5	4,7	82,2	0,7	0,0	0,0	2,8	0,7	0,7	1,7
	SF	0,0	29,1	4,6	29,3	1,0	0,4	0,4	22,1	10,9	2,2
	K	13,9	9,5	12,6	1,0	40,2	3,1	13,4	3,8	0,0	2,6
	RV	7,0	23,5	4,5	2,8	3,0	35,7	4,3	3,3	14,8	1,2
	LA	15,5	3,5	9,8	0,0	5,4	1,6	61,5	1,8	0,0	0,9
	EL	1,7	10,4	4,0	4,5	0,0	1,2	0,6	57,3	16,9	3,4
	Nichtwähler	2,9	11,9	9,8	3,3	4,1	3,3	9,5	7,1	2,8	45,4
	Erstwähler	16,6	14,2	12,1	7,6	1,0	8,5	16,5	9,8	6,2	8,5

^a Prozentpunkte beziehen sich auf Wahlentscheidung in 2015 aufgeschlüsselt nach Wahlentscheidung von 2011.
^b 2011 nicht angetreten.
^c Christdemokraten (KD) nicht aufgeführt aufgrund zu geringer Fallzahl.
Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf dänischer Wahlstudie 2015.

unzufriedenen Venstre-Wählern innerhalb des bürgerlichen Blocks zurückzuführen ist (vgl. Tabelle 2). Hier waren neben dem Thema Einwanderung die niedrigen Popularitätswerte *Løkke Rasmussens* ein entscheidendes Motiv.²⁹

Im Gegensatz zu den Wahlen 1998 und 2001 lösten die Sozialreformen der sozialdemokratisch-sozialliberalen Regierung nur geringe Wählerwanderungen zwischen den Blöcken aus, während vergleichbare Reformen unter dem Sozialdemokraten *Poul Nyrup Rasmussen* für den Wechsel von sozialdemokratischen Stammwählern zu Venstre und DF verantwortlich gewesen waren.³⁰

Die Alternative überwand überraschend deutlich die Zweiprozenthürde und gewann mit fast fünf Prozent der Stimmen vorwiegend unzufriedene linke und sozialliberale Wähler sowie Wähler der Einheitsliste (vgl. Tabelle 2). Die abermaligen Verluste der Konservativen und das schwache Abschneiden der Sozialliberalen markierten somit auch das schlechteste Resultat für die vier alten Parteien (S, V, K und RV) sowie die größte elektorale Nettoverschiebung seit den Erdrutschwahlen 1973. Analog zur Fortschrittspartei 1973 wurde ihr Nachfolger, die DF, die zweitgrößte Partei und hatte entscheidenden Einfluss auf die

29 Vgl. *Kasper B. Andreasen / Said Nuh*, Så mange vælgere har Thulesen Dahl 'stjålet' fra Løkke, TV2/Nyheder, <http://nyheder.tv2.dk/valg2015/2015-06-19-grafik-saa-mange-vaelgere-har-thulesen-dahl-stjaalet-fra-loekke> (Abruf am 20. Juni 2015).

30 Zur Bedeutung der Sozialreformen für die Wählerwanderungen bei der Wahl 2015 *Christoph Arndt / Carsten Jensen*, Partivalg og holdninger til velfærdsstaten, in: *Kasper Møller-Hansen / Rune Subager* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 28); für die vorherigen Wählerwanderungen *Christoph Arndt*, Denmark, in: *ders.*, The Electoral Consequences of Third Way Reforms: Social Democracy's Transformation and Its Political Costs, Amsterdam 2013, S. 127 – 152.

Regierungsbildung im bürgerlichen Lager. Der Vorsitzende der DF, *Kristian Thulesen Dahl*, erhielt 57.371 persönliche Stimmen, die höchste Zahl aller Kandidaten, und übertraf damit Ministerpräsidentin *Thorning-Schmidt* (42.412 persönliche Stimmen), die auch nur knapp vor der Spitzenkandidatin der Einheitsliste, *Johanne Schmidt-Nielsen* (40.425), landete. *Lars Løkke Rasmussen*, der kommende Ministerpräsident der Venstre, wurde mit 33.393 Stimmen lediglich Vierter, nachdem er 2011 noch 56.285 persönliche Stimmen erzielen konnte.³¹

4. Regierungs- und Oppositionsbildung

Die hauchdünne bürgerliche Mehrheit vom 18. Juni 2015 brachte kurze, aber schwierige Koalitions- und Tolerierungsverhandlungen mit sich. Ein Grund lag darin, dass die DF stärker als die „natürliche“ Regierungspartei Venstre geworden war, so dass in einer etwaigen Koalition der größere Partner zum einen nicht den Ministerpräsidenten stellen und zum anderen keinerlei Regierungserfahrung aufweisen würde. *Dahl* hatte zudem keine eindeutige Aussage zu einer möglichen Regierungsbeteiligung der DF vor der Wahl gemacht und nach der Wahl weitgehende Forderungen für eine Koalitionsbeteiligung gestellt. Eine maßgebliche strategische Überlegung innerhalb der DF war hierbei, dass sie als große „Stützpartei“ außerhalb der Regierung mehr Einfluss erhalten könnte denn als Regierungspartei, die zu viele Kompromisse eingehen müsste, während wie im Falle der SF in der vorangegangenen Wahlperiode niemand Ministererfahrung besaß.³² So gab es schließlich vier Konstellationen, die vor der Sondierungsrunde mit *Königin Margrethe II* als realistisch angesehen wurden: eine Mitte-Rechts-Mehrheitskoalition aus allen vier bürgerlichen Parteien (V, DF, LA, K), eine Venstre-DF-Minderheitsregierung, eine liberale Minderheitsregierung aus Venstre und Liberaler Allianz und eine reine Venstre-Minderheitsregierung, toleriert von allen anderen bürgerlichen Parteien.³³ Nachdem alle Versuche zur Bildung einer Koalition an den weitgehenden Forderungen der DF in der Einwanderungs- und EU-Politik sowie der Liberalen Allianz im Bereich der Steuerpolitik gescheitert waren, wurde *Lars Løkke Rasmussen* am 28. Juni von *Königin Margrethe II* mit der Bildung einer reinen Venstre-Regierung beauftragt.³⁴ Diese verfügt lediglich über 34 der insgesamt 179 Mandate und erinnert an die Venstre-Minderheitsregierung *Poul Hartlings*, die nach den Erdrutschwahlen 1973 gebildet worden war. *Løkke Rasmussens* Minderheitskabinett benötigt stets alle 90 Stimmen der bürgerlichen Parteien, wenn keine lagerübergreifenden parlamentarischen

31 Vgl. Danmarks Statistik, Folketingsvalg Torsdag 18. Juni 2015, Valgte Kandidater Og Stedfortrædere, <https://www.dst.dk/valg/Valg1487635/kandstat/kandstat.htm> (Abruf am 11. April 2016).

32 Vgl. Ritzaus Bureau, DF føler sig ikke tvunget til at gå i regering, Kopenhagen 19. Juni 2015; *Sine Riis Lund*, DF: Derfor gik vi ikke i regering, in: Altinget vom 5. August 2015, <http://www.altinget.dk/artikel/df-derfor-gik-vi-ikke-i-regering> (Abruf am 11. April 2016).

33 Vgl. *Nilas Heinskou* / *Morten Skærbæk* / *Jesper Thobo-Carlsen*, Otte mulige og et par realistiske regeringsscenarier, in: Politiken vom 21. Juni 2015, S. 3.

34 Vgl. *Jakob Stig Jørgensen* / *Frederik Buhl Kristensen*, Løkke opgiver at få andre med: Danner ren V-regering, in: Politiken vom 26. Juni 2015, <http://politiken.dk/indland/politik/folketingsvalg2015/ECE2733511/loekke-opgiver-at-faa-andre-med-danner-ren-v-regering>; *Steen A. Jørgensen*, Løkke vil danne ren Venstre-regering, in: Jyllands-Posten vom 26. Juni 2015, <http://jyllands-posten.dk/politik/ECE7832923/L%C3%B8kke-vil-danne-ren-Venstre-regering> (Abruf jeweils am 26. Juni 2015).

Mehrheiten gebildet werden können, was den Einfluss von DF und Liberaler Allianz stärkt und den schwachen Konservativen Möglichkeiten zur Profilierung gibt.

Das Kabinett *Løkke Rasmussen* III umfasst nur noch 16 Ministerien, sechs weniger als sein Vorgänger. Die Verkleinerung ist der geringen Anzahl der Venstre-Mandate geschuldet und wurde durch Zusammenlegung diverser Aufgabenbereiche erreicht (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Die dänische Regierung nach der Folketingswahl 2015

Ministerpräsident	<i>Lars Løkke Rasmussen</i> (V)
Wirtschaft	<i>Troels Lund Poulsen</i> (V)
Äußeres	<i>Kristian Jensen</i> (V)
Finanzen	<i>Claus Hjort Frederiksen</i> (V)
Justiz	<i>Søren Pind</i> (V)
Soziales und Inneres	<i>Karen Ellemann</i> (V)
Steuern	<i>Karsten Lauritzen</i> (V)
Transport und Bau	<i>Hans Christian Schmidt</i> (V)
Forschung	<i>Esben Lunde Larsen</i> (bis 29. Februar 2016, V) <i>Ulla Tørnæs</i> (ab 29. Februar 2016, V)
Arbeit	<i>Jørn Neergaard Larsen</i> (V)
Kinder, Bildung und Gleichstellung	<i>Ellen Trane Nørby</i> (V)
Ausländer, Integration und Wohnungsbau	<i>Inger Støjberg</i> (V)
Energie, Versorgung und Klima	<i>Lars Christian Lilleholt</i> (V)
Gesundheit und Ältere	<i>Sophie Løhde</i> (V)
Verteidigung und nordische Zusammenarbeit	<i>Carl Holst</i> (bis 29. September 2015, V) <i>Peter Christensen</i> (ab 29. September 2015, V)
Landwirtschaft, Umwelt und Ernährung	<i>Eva Kjer Hansen</i> (bis 27. Februar 2016, V) <i>Esben Lunde Larsen</i> (ab 29. Februar 2016, V)
Kultur und Kirche	<i>Bertel Haarder</i> (V)
Quelle: Eigene Zusammenstellung.	

Bereits im September 2015 trat der Minister für Verteidigung und nordische Zusammenarbeit, *Carl Holst*, zurück, weil er unerlaubterweise Beamte aus der Region Süddänemark, wo er zuvor als Regionsvorsteher amtierte, für die Wahlkampfunterstützung eingesetzt hatte. Einen weiteren Rückschlag erlitt die neue Venstre-Regierung bei der Volksabstimmung über die Rechtsvorbehalte am 3. Dezember 2015. Dänemark verfügte seit dem Edinburgh-Abkommen von 1993 über eine Ausnahmeregelung bei der Teilnahme an der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Justizpolitik, über die das Volk am 3. Dezember neu abstimmen sollte.³⁵ Die Venstre-Regierung unterstützte zusammen mit Sozialdemokraten, Sozial-

35 Vgl. *Helmut Steuer*, Dänemark und sein Referendum – Ja oder nein zu mehr Europa?, in: Handelsblatt vom 3. Dezember 2015, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/daenemark-und-sein-referendum-ja-oder-nein-zu-mehr-europa/12673242.html> (Abruf am 4. Dezember 2015).

liberalen, Konservativen und der Alternative eine Abschaffung der Rechtsvorbehalte, da dies eine Zusammenarbeit mit europäischen Institutionen wie Europol in der Kriminalitätsbekämpfung erleichtern würde. DF, Liberale Allianz und Einheitsliste empfahlen den Wählern, für die Beibehaltung der dänischen Rechtsvorbehalte zu stimmen, da Innere Sicherheit und Justiz als innerdänische Angelegenheiten ohne Souveränitätsabgabe an die EU verbleiben sollten. Somit waren sowohl das linke als auch das bürgerliche Lager gespalten. 53,1 Prozent der Wähler stimmten bei einer Beteiligung von 72 Prozent schließlich für die Beibehaltung der Rechtsvorbehalte, was als Niederlage für die neue Regierung angesehen wurde, die sich stark für die Abschaffung eingesetzt hatte.³⁶

Der Fehlstart wurde dadurch etwas abgemildert, dass *Lars Løkke Rasmussens* Minderheitsregierung den Haushalt für 2016 am 19. November 2015 mit den Stimmen der DF, der Liberalen Allianz und der Konservativen durchsetzen konnte. Er wurde als „blau“ und somit bürgerlich charakterisiert, da er einige kleinere Steuersenkungen vorsah, die Deckelung der Sozialhilfe (Kontanthjælpsloft) wieder einführte und Mehrausgaben für die Polizeiarbeit und Altenpflege einplante, was zuvor von Venstre, DF und Liberaler Allianz im Wahlkampf versprochen worden war.³⁷

Im Frühjahr 2016 kam es aber zu ersten größeren Uneinigkeiten in der Steuerpolitik, als der Vorsitzende der Liberalen Allianz, *Anders Samuelsen*, das Überleben der Regierung von der Durchführung einer umfassenden Steuerreform abhängig machte.³⁸ Kurze Zeit später verlangten die Konservativen den Rücktritt von Landwirtschaftsministerin *Eva Kjer Hansen*, die bei der Vorlage eines Gesetzespaketes (Landbrugspakke) unklare Angaben zum zukünftigen Stickstoffausstoß der dänischen Landwirtschaft gemacht hatte. Dies wurde von politischen Kommentatoren als verzweifelter Profilierungsversuch der Konservativen angesehen, da dem Landbrugspakke zuvor keinerlei politische Relevanz zugemessen worden war und der erzwungene Rücktritt *Eva Kjer Hansens* am 27. Februar 2016 das Arbeitsklima zwischen Liberalen und Konservativen deutlich belasten würde.³⁹ Im Herbst 2016 erneuerte *Anders Samuelsen* seine Forderung nach einer umfassenden Steuerreform. Sollte der Spitzensteuersatz nicht um mindestens fünf Prozentpunkte gesenkt werden, würde die Liberale Allianz ihre Tolerierung der Venstre-Regierung aufkündigen und Neuwahlen riskieren.⁴⁰

36 Vgl. *Christine Cordsen*, Vælgerlussionen er et ubehageligt hatrick til Lars Løkke Rasmussen, in: Jyllands-Posten vom 4. Dezember 2015, S. 2.

37 Vgl. Jyllands-Posten, Blå Finanslov, 21. November 2011, <http://jyllands-posten.dk/debat/leder/ECE8233072/BI%C3%A5-finanslov/> (Abruf am 11. April 2016); Finansministeriet, Aftale mellem regeringen, Dansk Folkeparti, Liberal Alliance og Det Konservative Folkeparti: Finansloven for 2016, Kopenhagen 2015.

38 Vgl. *Jakob Hvide Beim / Morten Skærbæk*, Her er tallet, der truer med at sprænge blå blok, in: Politiken vom 12. Januar 2016, S. 5.

39 Vgl. *Lars Nørgaard / Michael Lund / Chris Jensen*, Hvorfor det kom dertil, at der ikke længere er tillid til Eva Kjer Hansen, er dybest set ganske uforståeligt, in: Berlingske Tidende vom 23. Februar 2016, <http://www.b.dk/fra-editorial/hvorfor-det-kom-dertil-at-der-ikke-laengere-er-tillid-til-eva-kjer-hansen-er-> (Abruf am 24. Februar 2016). Für eine Übersicht über den Verlauf vgl. Ritzaus Bureau, Kronologi: Eva Kjer Hansen-sagen dag for dag, 29. Februar 2016, Kopenhagen 2016.

40 Vgl. *Søren Domino*, 5 procentpoint lettelse af topskat er absolut smertegrænse for LA, in: Berlingske Tidende vom 12. August 2016, S. 4.

5. Ausblick auf die Wahlperiode 2015 bis 2019

Bereits die ersten Monate nach dem Regierungswechsel zeigten somit die blockinternen Differenzen, mit denen Ministerpräsident *Rasmussen* vermutlich bis zur nächsten Wahl spätestens im Juni 2019 konfrontiert sein wird, sofern er keine vorzeitigen Neuwahlen ausschreibt oder die Liberale Allianz ihre Tolerierung aufkündigt. *Rasmussens* liberale Partei Venstre hatte innerhalb von 18 Monaten drei wichtige Abstimmungen verloren, wurde aber nach dem schwachen Abschneiden bei der Folketingswahl vom 18. Juni 2015 dennoch einzige Regierungspartei, da sich alle Koalitionsoptionen schnell zerschlugen. Die Konstellation einer Minderheitsregierung aus nur einer Partei kann sich lediglich dann als stabil erweisen, wenn es Venstre gelingt, alle drei Tolerierungsparteien bei Laune zu halten. Die DF ist dabei mit der Herausforderung konfrontiert, eine große und relativ heterogene Wählerkoalition anzusprechen, die aus DF-Stammwählern aus der Arbeiterschaft sowie vielen vormaligen liberalen Wählern besteht, die die DF hauptsächlich aufgrund ihrer Unzufriedenheit mit dem Venstre-Vorsitzenden *Lars Løkke Rasmussen* gewählt haben und nicht aus Überzeugung.

Bei den Sozialdemokraten wurde nach dem Rücktritt *Helle Thorning-Schmidts* am Wahlabend ein deutlicher Richtungswechsel in der Asyl- und Zuwanderungspolitik eingeleitet. Die neue Parteivorsitzende *Mette Frederiksen* und der Fraktionsvorsitzende *Henrik Sass Larsen* erklärten, dass der vormalig liberale Kurs der Partei in den 1990er Jahren ein Fehler war und dass die Sozialdemokraten alles dafür tun würden, die Zuwanderung nichtwestlicher Migranten zu begrenzen.⁴¹ Dies dürfte zur Folge haben, dass die Partei zukünftig weniger anfällig für Stimmenverluste an Venstre und DF ist, sobald Zuwanderung die politische Tagesordnung dominiert, und damit den Sozialdemokraten die Chance eröffnen, ihre derzeitige Position als stärkste Partei zu konsolidieren. Wahrscheinlich wird es aber gleichzeitig zu größeren Unstimmigkeiten innerhalb des roten Blocks kommen, da Sozialliberale und Sozialisten hier ein deutlich liberales Profil aufweisen.

Eine weitere offene Frage ist, ob sich die Alternative als kurzfristiges Protestphänomen wie die deutsche Piratenpartei herausstellt oder sich als neue ökolibertäre Partei fest im Parteienspektrum Dänemarks etablieren kann, die primär um die Wähler der RV und SF konkurriert. Letzteres würde eine Spaltung des ökologischen, gesellschaftspolitisch liberalen und großstädtischen Wählermilieus implizieren, wie sie auch bei der letzten Stortingswahl in Norwegen zu beobachten war.⁴²

41 Vgl. *Anders Legarth Schmidt*, Mette Frederiksen lægger sig fladt ned: Jeg tog fejl om flygtninge og integration, in: Politiken vom 20. Januar 2016, http://politiken.dk/udland/fokus_int/Flygtningestroom/ECE3024826/mette-frederiksen-laegger-sig-fladt-ned-jeg-tog-fejl-om-flygtninge-og-integration/ (Abruf am 21. Januar 2016); *Henrik Sass Larsen*, Vi vil gøre alt for at begrænse antallet af ikkevestlige flygtninge og indvandrere, in: Politiken vom 18. Dezember 2015, <http://politiken.dk/debat/ECE2982956/vi-vil-goere-alt-for-at-begraense-antallet-af-ikkevestlige-flygtninge-og-indvandrere/> (Abruf am 19. Dezember 2015).

42 Zur Positionierung der Miljøparti in Norwegen *Anders Ravik Jupskås*, Miljøpartiet de grønne og det 'politiske rommet', in: Norsk Statsvitenskapelig Tidsskrift, 29. Jg. (2013), H. 2, S. 131 – 143.